

## PRESSEMITTEILUNG

der Landesarmutskonferenz Berlin

An alle Pressevertreter\*innen

Berlin, 25.09. 2024

Sehr geehrte Pressevertreter\*innen,

heute fand die Fachveranstaltung der Fachgruppe Migration der Landesarmutskonferenz Berlin (lak Berlin) „**Gemeinsam für EU-Bürger\*innen – Wege ebnen, Zugänge erleichtern**“ mit über 200 Teilnehmer\*innen im Rathaus Schöneberg statt. Mit diesem Format wurde erstmalig eine Diskurs-Plattform für Expert\*innen und Mitarbeiter\*innen aus Behörden und Senatsverwaltung sowie freien Trägern und von Armut betroffenen EU-Bürger\*innen zum Thema Zugänge zu Sozialleistungen geboten. Die lak Berlin ist ein Zusammenschluss von den Berliner Wohlfahrtsverbänden, Akteur\*innen der gemeinnützigen Armutshilfen und Initiativen gegen Armut. Die lak Berlin arbeitet mit Fachgruppen zu den verschiedenen Armutsaspekten.

Besonders EU-Bürger\*innen müssen darum kämpfen, dass ihnen Zugänge zu Sozialleistungen zur Verfügung stehen und sind konfrontiert mit Diskriminierungen auf Ämtern und im schlimmsten Fall von Wohnungslosigkeit betroffen, hierzu sagte Joachim Krauß von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe Berlin im ersten Teil der Veranstaltung: „*Der Leistungsausschluss muss weg – sonst kann der nationale Aktionsplan Wohnungslosigkeit bis 2030 nicht umgesetzt werden – es braucht Solidarität auf europäischer Ebene. Wir müssen uns inklusiv dieser Gruppe an Menschen zuwenden.*“

Auf die Frage eines Teilnehmers, ob er seinen Antrag beim Jobcenter auch auf Polnisch stellen könne? antwortete Herr Greiser, Richter am Sozialgericht Osnabrück: „*Jobcenter Anträge können auf allen Amtssprachen, der europäischen Union gestellt werden, allerdings sei die Frage, wie lange es dann dauere und ob der Antrag dann nicht erstmal abgewiesen würde, Rechtsanspruch bestehe allerdings.*“

**Sprachbarrieren sind die größte Herausforderung**, gefolgt von Personal, dass in den Behörden fehle. So benannten es 110 Verwaltungsmitarbeitende der Sozialbehörden, die im Vorfeld der Veranstaltung zu einer Problemanalyse zu ihrer Arbeit mit EU-Bürger\*innen gebeten wurden. Sie wünschten sich mehr Sprachmittlung, Fortbildungen, eindeutige Regelungen und mehr Personal.

Ergebnisse der Veranstaltung zu Kommunikation, Kooperation und Vernetzung der Verwaltungen und Beratungsstellen waren praxisnahe Lösungen. Einig waren sich die Behördenvertreter\*innen und die Beratenden der Freien Träger, dass eine qualifizierte, kompetente Beratung mit Prüfung aller Ansprüche die Regel sein sollte. **Die Vertreter der Sozialverwaltung wiesen darauf hin, dass dies aber nur mit mehr Personal möglich sei.** Einen **Dolmetscherdienst** der kurzfristig telefonisch erreichbar ist, wie es schon im Land Brandenburg gehandhabt wird, sehen alle Beteiligten als große Unterstützung an. Für eine bessere und effizientere Zusammenarbeit mit den Behörden wünschten sich die freien Träger spezielle Mailadressen, **Telefonsprechstunden** für ihre Beratungsstellen, eine extra **Sprechstunde vor Ort für EU-Bürger\*innen** auf allen

Sozialämtern und Kooperationsprojekte zwischen den Sozialen Trägern, Selbstorganisationen und der Verwaltung, zum Beispiel könnte der Integrationsbeauftragte eines Bezirks diese Institutionen an einen Tisch holen.

Auf der abschließenden Podiumsdiskussion bestätigte Frau Katarina Niewiedzial, Beauftragte des Berliner Senats für Partizipation, Integration und Migration, dass ein **Video- und Audio-Dolmetschdienst in Berlin eingeführt werden soll**. Koray, Erfahrungsexperte der Union für Obdachlosenrechte Berlin (UfO Berlin) berichtete von seinen eigenen Diskriminierungserfahrungen auf Berliner Ämtern und sagte: „*Der Mensch muss als Mensch gesehen werden und nicht woher er kommt.*“ Er hätte sich mehr Geduld und Hilfe bei der Sprachbarriere gewünscht. Georgi Ivanov, Stellvertretender Vorsitzender von Amaro Foro e.V. machte die Erfahrung, dass sich oft die Tore schließen bei Kritik und fordert Konsequenzen bei diskriminierendem Verhalten und unabhängige Ombudstellen. Der Sozialstadtrat Friedrichshain-Kreuzberg, Oliver Nöll, sagte: der Hebel zur Arbeitsvermittlung müsse sich verbessern und forderte kostenlose intensive Sprachkurse. Monika Slobodzian, Projektleitung der Frostschutzengel, Beratungsprojekt für EU Bürger\*innen, berichtete, dass trotz rechtlicher Grundlage oft eine Ablehnung erfolge, die Mitwirkungspflicht sehr unüberschaubar sei und die Bearbeitung teilweise mehrere Monate dauere.

Friederike Wagner, Sprecherin der Fachgruppe Migration fasste am Ende zusammen: „*Der Fachtag stand insgesamt ganz im Sinne der Grundidee der Fachgruppe Migration, gemeinsam für EU-Bürger\*innen in prekären Lebenslagen Wege zu ebnet und Zugänge zu erleichtern. Dazu haben Akteur\*innen sowohl aus den Behörden, als auch von Trägern und Selbstorganisationen lösungsorientiert miteinander Positionen ausgetauscht und auch die andere Perspektive kennengelernt. Ein konstruktiver Dialog sei der Schlüssel, um Veränderungen zu bewirken. Ohne miteinander ins Gespräch zu gehen, bleibt vieles unbewegt. Doch es geht um mehr als nur Gespräche und Empfehlungen – es geht darum, aus diesem Austausch konkrete Handlungen abzuleiten. Als Ergebnis des Fachtags erhoffen wir uns genau dies: Ansätze, die wir gemeinsam weiterentwickeln und in die Praxis umsetzen können.*“

„*Menschen die zum Sozialamt gehen müssen, sind in einer absoluten Notsituation, ihnen muss umfassend und umgehend geholfen werden. Deswegen darf es nicht bei Absichtserklärungen bleiben, die erarbeiteten Lösungswege des Forums müssen zeitnahe umgesetzt werden*“, sagte Karsten Krull Sprecher der lak Berlin zum Abschluss der Veranstaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Friederike Wagner, Sprecherin der Fachgruppe Migration  
Karsten Krull, Sprecher der Landesarmutskonferenz Berlin

**Kontakt:**

Eva-Luise Volkmann (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesarmutskonferenz Berlin)

T (030) 69 03 82 75 | M 01577 7203545

Mail: [info@landesarmutskonferenz-berlin.de](mailto:info@landesarmutskonferenz-berlin.de) Web: [www.lak.berlin](http://www.lak.berlin)